

Sperrfrist: 4. September 2015, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Unternehmensnahe Dienstleistungen:
Warum investiert die deutsche Wirtschaft nicht?**

**Die wirtschaftliche Lage und Perspektive
in Deutschland und für die unternehmensnahen Dienstleister
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Dienstleistungsumfrage -**

**Berlin, 4. September 2015, 10.30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die wirtschaftliche Stimmung ist in diesem Sommer 2015 in Deutschland so gut wie lange nicht. Die Umsätze stimmen derzeit - nicht zuletzt dank einem Mix aus günstigem Euro-Wechselkurs, niedrigen Zinsen, gesunkenen Rohstoffpreisen und stabilem Arbeitsmarkt. Die unternehmensnahen Dienstleister machen da keine Ausnahme.

Also alles gut? Mitnichten! Gerade jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, sich gut für die Zukunft aufzustellen, doch trotz allem Optimismus investieren die Unternehmen nicht, zumindest nicht in Deutschland, wie unsere jüngste Unternehmerumfrage im Dienstleistungsbereich zeigt. Stattdessen wächst der in den vergangenen Jahren rapide angestiegene Investitionsstau hierzulande weiter an. Dies untergräbt das Fundament für Wachstum und Arbeitsplätze von morgen!

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen hat zum sechsten Mal Unternehmen aus den Branchen Facility Management, Informationstechnologien, Finanzdienstleistungen, Logistik, Marketing/Vertrieb und sonstige Services zur aktuellen Lage und zu den Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung und für unternehmensnahe Dienstleister befragt.

Im Mittelpunkt standen neben der Stimmungslage bei den Dienstleistern, als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft, auch die politischen Erwartungen der Unternehmen.

Stimmungslage gut, aber Zukunftsvorsorge mangelhaft

Meine Damen und Herren!

(Grafik 1)

Die Stimmung der unternehmensnahen Dienstleister bleibt auf robustem Niveau. Die aktuelle Lage bewerten sie mit fast 130 Punkten. Dies ist nur ein Punkt weniger als noch vor einem Jahr. Die Erwartungen liegen bei fast 138 Punkten – und sind damit um fast einen Punkt angestiegen. Der Dienstleistungsindikator als arithmetisches Mittel ist mit einem Wert von 133,8 damit fast unverändert geblieben.

Allerdings ist die Entwicklung in den einzelnen Zweigen uneinheitlich: Während die Informationstechnologien auf 146 Punkte und die Finanzdienstleister auf 149 Punkte gestiegen sind, verbesserten sich die Servicedienstleistungen allein wegen verbesserter Lagebewertung auf 134 Punkte, der Indikator im Facility Management

bewegte sich auf 132 Punkten seitwärts, in der Logistik fiel er sogar um 2 auf 130 Punkte und im Medien- und Marketing-Bereich um 8 Punkte auf 129 Punkte.

Der Einsatz von moderner EDV, von Informations- und Kommunikationstechnologien hat für die wachsende und zunehmend digitalisierte Wirtschaft ebenso wie für die Finanzierung des Kundengeschäfts große Bedeutung und stimmt daher zuversichtlich für die weitere Entwicklung. Weniger zuversichtlich stimmt dagegen der Rückgang im Logistiksektor, über den der Transport von Rohstoffen über Maschinen bis hin zu den Gütern des täglichen Bedarfs abgewickelt wird.

(Grafik 2)

Der BGA erwartet in diesem Umfeld, dass die unternehmensnahen Dienstleister 2015 um 2 Prozent auf 851 Milliarden Euro wachsen und die Umsätze im kommenden Jahr um weitere 2 Prozent auf dann 868 Milliarden Euro ansteigen werden.

Die robuste Nachfrage etwa des produzierenden Gewerbes nach Dienstleistungen führt dort zu einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften. Bereits 2014 waren die unternehmensnahen Dienstleister mit 7,6 Millionen Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der deutschen Volkswirtschaft. In diesem Jahr zeichnet sich ein Beschäftigungsaufbau um rund 75.000 Arbeitsplätze ab. Wir gehen bei anhaltend guter Konjunktur davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten auch im kommenden Jahr um gut 1 Prozent auf knapp 7,8 Millionen weiter zunimmt.

Die unternehmensnahen Dienstleister reflektieren auf Grund ihrer Dienstleistungen für Industrie, Handel, Handwerk und weitere Wirtschaftsbereiche das Stimmungsbild in der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir gehen davon aus, dass dank der eingangs erwähnten Sonderfaktoren und bei anhaltend guter Stimmung der Unternehmen - so haben auch die Unternehmen des Groß- und Außenhandels stimmungsmäßig wieder zugelegt - ein Wirtschaftswachstum in diesem Jahr von 1½ Prozent möglich sein wird.

Meine Damen und Herren!

die aktuelle Situation ist sicher besser, als angesichts der zahlreichen weltweiten Krisen und Konflikte befürchtet, doch diese hinterlassen bei genauem Hinsehen deutliche Spuren. So sehen die Dienstleister in wachsenden diffusen Unsicherheiten im Markt, insbesondere auch in der ungelösten Eurozonenkrise und in den

zunehmenden Zentrifugalkräften in Europa, die Hauptursache für die vorherrschende Investitionsschwäche.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die bestehenden Kapazitäten vielfach ausreichen, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen.

Auch dominieren vielfach Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Mehr als jedes zweite Unternehmen setzt hierin seine Investitionsschwerpunkte.

Mit anderen Worten: Angesichts der Unsicherheit, ob der bisherige, elementare Rahmen für die unternehmerischen Aktivitäten dauerhaft so bleibt, wird nur investiert, wenn es zwingend erforderlich ist. Und: Die Dienstleister investieren wenig, weil ihre Kunden ebenfalls wenig in neue Kapazitäten investieren.

Im Kern bleibt unser Wachstum außenhandelsgetrieben. Dies bestätigen auch die Dienstleister.

(Grafik 3)

Zwei Drittel der Unternehmen sind noch ausschließlich auf dem deutschen Markt aktiv, aber immerhin 19 Prozent auch im übrigen Europa und weitere 15 Prozent sogar weltweit. Jeder sechste befragte Dienstleister beabsichtigt europaweit bzw. global zu expandieren. Kernbotschaft ist damit: die Dienstleister folgen dem wirtschaftlichen Engagement ihrer Kunden, das vorwiegend in den Wachstumsregionen der Welt erfolgt. Deutschland zählt hierzu nicht, auch wenn es auf Grund der Marktrelevanz interessant ist und bleibt.

(Grafik 4)

Auch die Binnenkonjunktur in Deutschland läuft gut. Dank gutem Arbeitsmarkt haben die Menschen mehr Geld und stecken es, da aufgrund der niedrigen Zinsen sich das Sparen nicht lohnt, in den Konsum. Besser wäre allerdings, wenn dieses Geld investiert würde, wovon dann auch Dienstleistungen von Planung bis Facility-Management profitierten.

Investitionen unter Möglichkeiten

Meine Damen und Herren,

warum wird in Deutschland so wenig investiert?

- obwohl die Stimmung gut ist;

- obwohl die Unternehmen die Vorteile Deutschlands im Vergleich auch zu anderen Ländern zu schätzen wissen – nämlich verlässliche Rahmenbedingungen, Ausbildung und soziale Absicherung;

(Grafik 5)

- obwohl die Zinsen für Investitionen so attraktiv sind wie nie zuvor – dies hat auch die jüngste gemeinsame Umfrage der KfW Bankengruppe mit über zwanzig Wirtschaftsverbänden, darunter dem BGA – bestätigt;

- obwohl sich auch Sparen nicht lohnt.

Auch die Politik vermittelt das Gefühl, dass sie nicht viel falsch macht. Die Unternehmen erkennen entsprechend das Engagement der Bundesregierung an für die Konsolidierung der Finanzen, für ein starkes Europa und die Stabilität des Euro.

Aber die Politik geht eben auch nicht voran. Sie tut nichts, um den Teufelskreis zu durchbrechen und mit investitionsfördernden Maßnahmen die Investitionspause zu beseitigen und ein Aufbruchssignal zu setzen.

Die vielen Baustellen in Deutschland zeigen bildlich die Problematik: Es gibt sie an jeder Ecke, aber vielfach tut sich dort nichts. Der Berliner Flughafen ist hierfür ein Musterbeispiel: angekündigt als Leuchtturmprojekt ist er bereits jetzt, bevor er überhaupt in Betrieb geht, zu klein dimensioniert, sind die technischen Anforderungen komplex und zu hoch und führen zusammen mit bürokratischen Hürden zu langwierigen Verzögerungen.

2014 summierten sich laut ADAC die gemeldeten Staus in Deutschland auf 960.000 Kilometer. Umgerechnet standen die Deutschen 285.000 Stunden im Stau, das entspricht über 30 Jahre. Die Kosten für Wirtschaft und Bürger liegen derzeit geschätzt bei jährlich 25 Milliarden Euro - Tendenz steigend.

Solche Beispiele gibt es reichlich. Tatsache ist, an allen Ecken und Enden bröckelt die Infrastruktur, egal ob marode Straßen, Brücken oder Schleusen, Schulen und weitere öffentliche Gebäude. Seit mindestens 10 Jahren besteht im internationalen Vergleich eine Investitionslücke von rund drei Prozent des BIP, d.h. etwa 80 Milliarden Euro hätten jährlich investiert werden müssen. Allein für die Bundesverkehrswege sind fünf Milliarden Euro jährlich notwendig.

Das Geld dafür ist da, es wird aber falsch ausgegeben. So nimmt alleine der Bund bis einschließlich 2017 rund 40 Milliarden Euro mehr an Steuern ein als 2013.

Weitere Mittel können durch Umschichtungen gewonnen werden, ohne die Haushaltskonsolidierung aufzugeben.

Hinzu kommen für die Unternehmen beispielsweise zu hohe Energiekosten. Zwar hat die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) den Kostenanstieg der Energiewende zunächst gestoppt. 35 Milliarden Euro beträgt jedoch auch 2015 die sich durch Steuern und Umlagen ergebende Umverteilungssumme – ein weiterhin großer Wettbewerbsnachteil für Deutschland.

All dies zuzüglich steigender Bürokratiekosten motiviert Unternehmer nicht gerade zu investieren, sondern vielmehr abzuwarten, die bestehenden Kapazitäten in Deutschland auszuschöpfen und gegebenenfalls dort zu investieren, wo ihre Kunden und Märkte sind. Wenn Deutschland da mithalten will, muss die Politik mutiger und entschlossener vorangehen, als sie dies bislang tut.

(Grafik 6)

Allen voran drückt die Unternehmer die Bürokratie im Arbeits- und Sozialrecht noch vor dem komplexen Steuerrecht. Ein 20 Punkte-Plan zum Abbau von Bürokratie reicht allein nicht aus, wenn bei Unternehmen und auch Bürgern davon nur wenig ankommt. Entsprechendes gilt beispielsweise für die marginale Anpassung des steuerlichen Existenzminimums und die, von den Unternehmen angemahnte Verbesserung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Bei genauer Betrachtung handelt es sich vielfach um kosmetische Maßnahmen, von denen kaum Impulse ausgehen. Beim Abbau von Bürokratie für Unternehmen bleibt das Steuerrecht weitgehend ausgenommen, stattdessen werden einerseits laufend neue Maßnahmen entwickelt, wie die Steuerquellen immer subtiler ausgeschöpft werden können, während andererseits Entlastungen sich darauf beschränken, dass nur das gemacht wird, wozu das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet. Die energetische Modernisierung im Gebäudewesen wird durch in immer kürzeren Abständen durchgesetzte Verschärfungen der Standards durch die Energie-Einspar-Verordnung ausgehebelt, wirksame Förderimpulse jedoch scheitern immer wieder.

Und auch die Einführung eines Mindestlohns mit seinen praxisfernen Dokumentationsanforderungen sowie die gesetzliche Auftraggeberhaftung, nach der Unternehmen für die Einhaltung des Mindestlohns bei Subunternehmen haften, sind das krasse Gegenteil von Bürokratieabbau.

Es ist dringend notwendig, dass die Politik neben der konsequenten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bei der Belebung der Investitionen vorangeht. So wäre im Steuerrecht die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen, ein marktnäherer Zinssatz für Rückstellungen und Steuernachforderungen sowie die Anhebung der linearen Abschreibung ein kräftiges Signal. Auch im Arbeits- und Sozialrecht sollte überbordende Regulierung wieder zurückgeschnitten werden.

Investitionsschub für Deutschland

Meine Damen und Herren,

Deutschland hat seit Jahren eine rasant immer größer werdende Investitionslücke, trotz des leichten Anstiegs im Vorjahr 2014. Wir brauchen dringend eine kräftige Belebung der Investitionen, öffentlicher wie privater. Dabei kann und muss die Politik voranschreiten. Hier gibt es allerdings kein Erkenntnis, sondern ein massives Umsetzungsproblem. So ist mehr Mut zu Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten - weg vom Konsum hin zu höheren Investitionen - unabdingbar. Das in Aussicht gestellte Investitionspaket von 2016 bis 2018 kann angesichts der Dimension des Problems nur ein erster Schritt sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!